

Kontakt Palästina Antikolonial.....Organisiert in Muenster (NRW), Deutschland

Email: Palaestinaantikolonial@protonmail.com

Website: <https://palaestina-muenster.jimdofree.com/>

Facebook: <https://www.facebook.com/PalantiMS>

Instagram: https://www.instagram.com/palaestina_antikolonial/?hl=en

Twitter: <https://twitter.com/PalastinaA>

Die Bekämpfung des globalen Imperialismus: von Palästina bis Münster

Informationspaket (2021)

Inhaltsübersicht:

- I. **Rechteverletzende israelische Politik stellt Verbrechen der Apartheid und Verfolgung dar**—von *HUMAN RIGHTS WATCH*(2-6)
- II. **BERICHT (2021)—Bekämpfung des globalen Imperialismus an unserer lokalen Universität:** Wenn man vom Studierendenparlament aufgefordert wird, in "eure Länder" zurückzugehen, wenn euch "die Art und Weise, wie die Dinge hier gemacht werden" nicht gefallen—*produziert in Kooperation mit Palästina Antikolonial..*(7-14)
 - II. A. **Ein vierter Protest mit der Forderung nach Gerechtigkeit für Palästina:** wurde am Abend des 22. November 2021 vom Studierendenparlament der Universität Münster mit polizeilicher Repression angegangen.....(14-18)
- III. **Aufruf an die Bundesregierung von 240 Jüdischen und Israelischen Wissenschaftlern: Setzen Sie „BDS“ nicht mit Antisemitismus Gleich.....**(19-28)



*Dieses **Informationspaket** und der **Bericht (2021)** mit dem Titel „**Die Bekämpfung des globalen Imperialismus an unserer lokalen Universität**“ wurden von studentischen AktivistInnen in Zusammenarbeit mit Palästina Antikolonial geschrieben und/oder produziert. Diese Projekte werden nun durch ein anderes Aktionsbündnis unterstützt. Um über den **Bericht (2021)** und die damit verbundenen Themen, Gemeinschaftsinitiativen und anhaltenden Diskussionen auf dem Laufenden zu bleiben, sendet uns bitte eine E-Mail an: grassrootsjusticepalestine@gmail.com*

I. PRESSEMELDUNG: Bericht von Human Rights Watch (27.04.2021)

*

Rechteverletzende israelische Politik stellt Verbrechen der Apartheid und Verfolgung dar



Abbildung 1 (oben) Ausschnitt aus dem kurzen Informationsvideo, das die Veröffentlichung des umfassenden HRW-Berichts "A Threshold Crossed" begleitet: <https://www.youtube.com/watch?v=6TLe4J7Dvd0>

(Jerusalem) – Israelische Behörden begehen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, nämlich Apartheid und Verfolgung, so Human Rights Watch in einem heute veröffentlichten Bericht. Diese Feststellung beruht auf der übergeordneten politischen Richtlinie der israelischen Regierung, die Vorherrschaft jüdischer Israelis über Palästinenser aufrechtzuerhalten, sowie auf den schweren Verbrechen, die gegen Palästinenser verübt wurden, die in den besetzten Gebieten, einschließlich Ost-Jerusalem, leben.

Der 213-seitige Bericht „A Threshold Crossed: Israeli Authorities and the Crimes of Apartheid and Persecution“ untersucht Israels Umgang mit den Palästinensern. Er beschreibt, wie heute de facto eine einzige Institution, die israelische Regierung, über einen Großteil des Gebiets zwischen Jordan und Mittelmeer herrscht, in dem es zwei etwa gleich große Bevölkerungsgruppen gibt. Während die Regierung jüdische Israelis dort bevorteilt, unterdrückt sie Palästinenser, insbesondere in den besetzten Gebieten.

„Prominente Stimmen haben jahrelang davor gewarnt, dass es nur ein kleiner Schritt hin zur Apartheid ist, wenn Israel nicht von dem eingeschlagenen Weg zur Vorherrschaft über die

Palästinenser abweicht“, sagte Kenneth Roth, Executive Director von Human Rights Watch. „Diese detaillierte Studie zeigt, dass die israelischen Behörden diesen Schritt bereits hinter sich haben und heute die Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Apartheid und der Verfolgung begehen.“

Die Feststellung von Apartheid und Verfolgung ändert nichts am rechtlichen Status der besetzten Gebiete, zu denen die Westbank, einschließlich Ost-Jerusalem, und Gaza gehören, oder an der Realität der israelischen Besatzung.

Der Begriff der Apartheid hat seinen Ursprung in Südafrika und ist heute ein allgemeingültiger Rechtsbegriff. Das Verbot der besonders schweren institutionellen Diskriminierung und Unterdrückung, oder auch Apartheid, stellt ein Grundprinzip des Völkerrechts dar. Die Internationale Konvention über die Unterdrückung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid von 1973 sowie das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) von 1998 definieren Apartheid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das drei zentrale Elemente umfasst:

1. Die Absicht, die Herrschaft einer rassischen Gruppe über eine andere aufrechtzuerhalten.
2. Der Kontext einer systematischen Unterdrückung einer marginalisierten Gruppe durch eine dominante Gruppe.
3. Inhumane Akte.

Dem heutigen Verständnis nach bezieht sich „rassische“ Gruppe nicht allein auf eine Behandlung auf der Grundlage genetischer Merkmale, sondern auch auf eine Behandlung auf der Grundlage der Abstammung oder des nationalen bzw. ethnischen Ursprungs, wie sie im Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (ICERD) definiert ist. Human Rights Watch greift auf dieses erweiterte Verständnis des Konzepts „Rasse“ zurück.

Verfolgung, die unter dem Römischen Statut und dem Völkergewohnheitsrecht als Verbrechen gegen die Menschlichkeit definiert ist, umfasst die schwere Verletzung der Grundrechte einer „rassischen“, ethnischen oder anderen Gruppe mit diskriminierender Absicht.

Human Rights Watch stellte fest, dass die Elemente dieser Verbrechen in den besetzten Gebieten gemeinsam auftreten, und zwar als Teil einer einheitlichen Politik der israelischen Regierung. Diese Politik ist darauf ausgerichtet, die Vorherrschaft jüdischer Israelis über Palästinenser in Israel sowie in den besetzten Gebieten aufrechtzuerhalten. In den besetzten Gebieten ist diese Politik mit der systematischen Unterdrückung und unmenschlichen Handlungen gegen dort lebende Palästinenser verbunden.

Basierend auf der jahrelangen Dokumentation der Menschenrechtslage, Fallstudien, einer Beurteilung der Planungsunterlagen der Regierung sowie Erklärungen durch Offizielle und anderen Quellen hat Human Rights Watch die politischen Richtlinien und Maßnahmen für Palästinenser in den besetzten Gebieten und in Israel mit denen für jüdische Israelis in

denselben Gebieten verglichen. Human Rights Watch bat die israelische Regierung im Juli 2020 um eine Stellungnahme zu diesen Fragen, erhielt jedoch keine Antwort.

Sowohl in Israel als auch in den besetzten Gebieten waren israelische Behörden bestrebt, das für jüdische Gemeinschaften zur Verfügung stehende Land auszuweiten und dafür zu sorgen, dass der Großteil der Palästinenser in dichtbesiedelten Zentren lebt. Die Behörden haben Maßnahmen ergriffen, um den von ihnen öffentlich als „Gefahr“ beschriebenen demographischen Wandel einzudämmen. Für die Stadt Jerusalem, sowohl im westlichen Teil als auch in den besetzten östlichen Teilen, verfolgt die Regierung das Ziel, eine „solide jüdische Mehrheit in der Stadt aufrechtzuerhalten“, und definierte zu diesem Zweck sogar das demographische Verhältnis, das sie erhofft, aufrechtzuerhalten.

Um ihre Vorherrschaft aufrechtzuerhalten, diskriminieren israelische Behörden systematisch die Palästinenser. Zur institutionellen Diskriminierung, der palästinensische Bürger Israels ausgesetzt sind, gehören Gesetze, die es Hunderten von jüdischen Kleinstädten erlauben, Palästinenser faktisch auszuschließen, sowie Budgets, die palästinensischen Schulen nur einen Bruchteil der Mittel zukommen lassen, die Schulen für jüdisch-israelische Kinder zur Verfügung stehen. Die Schwere der Repression in den besetzten Gebieten, wozu auch die drakonische Militärherrschaft über die Palästinenser gehört, während jüdische Israelis, die in abgetrennten Gemeinden im selben Territorium leben, alle Rechte gemäß dem israelischen Zivilrecht genießen, lässt sich als systematische Unterdrückung begreifen, die die Anforderungen der Definition von Apartheid erfüllt.

Die israelischen Behörden haben verschiedenste Rechte von Palästinensern verletzt. In den besetzten Gebieten stellen viele Fälle schwerwiegende Verletzungen von Grundrechten dar und sind inhumane Akte – eines der zentralen Elemente der Apartheid. Dazu gehören: weitreichende Einschränkungen der Bewegungsfreiheit durch die Gaza-Blockade und ein Passierschein-System, die Enteignung von mehr als einem Drittel des Landes in der Westbank, strenge Auflagen in Teilen der Westbank, die zur Zwangsumsiedlung von Tausenden von Palästinensern geführt haben, die Verweigerung des Aufenthaltsrechts für Hunderttausende Palästinenser und ihre Angehörige sowie die Aufhebung grundlegender Bürgerrechte für Millionen von Palästinensern.

Viele der Übergriffe, die mit diesen Verbrechen verbunden sind, wie etwa die praktisch durchgängige Verweigerung von Baurechten für Palästinenser und die Zerstörung von Tausenden von Häusern unter dem Vorwand fehlender Genehmigungen, lassen sich auch mit Sicherheitsbedenken nicht rechtfertigen. In anderen Fällen, wie dem des faktischen Stopps neuer Eintragungen ins Melderegister in den besetzten Gebieten, der die Familienzusammenführung von Palästinensern verhindert und Einwohner von Gaza daran hindert, in der Westbank zu leben, dienen Sicherheitsargumente als Vorwand, das oben genannte demographische Verhältnis zu erreichen. Selbst Fälle, bei denen es tatsächlich um die Sicherheitsfragen geht, rechtfertigen keine Apartheid und Verfolgung, ebenso wenig wie sie die übermäßige Anwendung von Gewalt oder Folter rechtfertigen würden, so Human Rights Watch.

„Wenn Millionen von Palästinensern ihre Grundrechte verweigert werden, ohne legitime Sicherheitsbedenken als Rechtfertigung und alleine deswegen, weil sie palästinensisch und nicht jüdisch sind, geht es nicht allein um eine Besetzung, die Rechte verletzt“, sagte Roth. „Diese Politik, die jüdischen Israelis unabhängig ihres Wohnorts dieselben Rechte und Privilegien zuspricht, Palästinenser jedoch unabhängig ihres Wohnorts in unterschiedlichem Maße diskriminiert, steht für einen Ansatz, der eine Gruppe von Menschen zulasten einer anderen Gruppe bevorteilt.“

Die Erklärung und Maßnahmen der israelischen Behörden in den letzten Jahren, einschließlich der Verabschiedung eines Gesetzes mit Verfassungsrang im Jahr 2018, das Israel als „Nationalstaat des jüdischen Volkes“ definiert, die steigende Zahl an Gesetzen, die israelische Siedler in der Westbank privilegieren und nicht für die im selben Territorium lebenden Palästinenser gelten, sowie der massive Ausbau der Siedlungen in den letzten Jahren und einer entsprechenden Infrastruktur, die diese Siedlungen mit Israel verbindet, stehen für die Absicht, die Vorherrschaft jüdischer Israelis aufrechtzuerhalten. Die Möglichkeit, dass ein künftiger israelischer Premierminister eines Tages ein Abkommen mit den Palästinensern schließen könnte, der diesem diskriminierenden System ein Ende setzt, ändert nichts an dieser Tatsache.

Die israelischen Behörden sollten alle Formen der Repression und Diskriminierung beenden, die jüdische Israelis zulasten von Palästinensern bevorteilen, unter anderem in Bezug auf die Bewegungsfreiheit, Zuteilung von Land und Ressourcen, den Zugang zu Wasser, Strom und anderen Diensten sowie die Erteilung von Baugenehmigungen.

Die Anklagebehörde des IStGH sollte jene strafrechtlich ermitteln und verfolgen, die nachweislich in die Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Apartheid und der Verfolgung involviert sind. Andere Länder sollten dies im Rahmen ihrer eigenen nationalen Gesetzgebung nach dem Prinzip der universellen Gerichtsbarkeit ebenfalls tun und individuelle Sanktionen, einschließlich Reiseverboten und dem Einfrieren von Vermögen, gegen jene Offizielle verhängen, die für diese Verbrechen verantwortlich sind.

Die Feststellung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit sollte dazu führen, dass die internationale Gemeinschaft ihren Ansatz zum Umgang mit Israel und Palästina neu bewertet und eine Herangehensweise wählt, die auf Menschenrechten und Rechenschaftspflicht basiert, statt allein auf dem blockierten „Friedensprozess“. Staaten sollten eine UN-Untersuchungskommission mit der Aufgabe betrauen, die systematische Diskriminierung und Repression in Israel und Palästina zu untersuchen, und einen UN-Sondergesandten für die Verbrechen der Verfolgung und der Apartheid einsetzen, der mit einem Mandat ausgestattet ist, internationale Maßnahmen zur weltweiten Beendigung von Verfolgung und Apartheid einzuleiten.

Staaten sollten Waffenverkäufe sowie militärische und sicherheitsbezogene Unterstützung für Israel daran knüpfen, dass konkrete und nachprüfbare Schritte hin zur Beendigung dieser Verbrechen ergriffen werden. Staaten sollten alle Abkommen, Kooperationsvereinbarungen und jede Form des Handels und Umgangs mit Israel daraufhin prüfen, ob sie direkt zu diesen Verbrechen beitragen. Sie sollten die Beeinträchtigung der Menschenrechte einschränken

und, wo dies nicht möglich ist, Maßnahmen und Finanzierungen einstellen, bei denen davon auszugehen ist, dass sie solche schwerwiegenden Verbrechen begünstigen.

„Während ein Großteil der Welt die seit einem halben Jahrhundert währende Besetzung durch Israel als temporäre Situation betrachtet, die ein jahrzehntelanger ‚Friedensprozess‘ bald überwinden wird, hat die Unterdrückung der Palästinenser eine Grenze überschritten und eine Dauerhaftigkeit erreicht, die den Definitionen der Verbrechen der Apartheid und der Verfolgung gerecht werden“, erklärte Roth. „Jene, die für einen israelisch-palästinensischen Frieden eintreten, ob in Form einer Ein- oder Zweistaatenlösung oder einer Konföderation, sollten bis dahin diese Realität als das anerkennen, was sie ist, und geeignete menschenrechtsbasierte Instrumente zur Anwendung bringen, die erforderlich sind, um sie zu beenden.“

Für den vollständigen HRW-Bericht "A Threshold Crossed: Israelische Behörden und die Verbrechen der Apartheid und Verfolgung", folgt bitte diesem Link:

<https://www.hrw.org/report/2021/04/27/threshold-crossed/israeli-authorities-and-crimes-apartheid-and-persecution>

Um auf die Webseite der oben genannten Pressemitteilung zum Bericht von Human Rights Watch zu gelangen, folgt bitte diesem Link:

<https://www.hrw.org/news/2021/04/27/abusive-israeli-policies-constitute-crimes-apartheid-persecution>

*



*

II. Die Bekämpfung des globalen Imperialismus an unserer lokalen Universität:

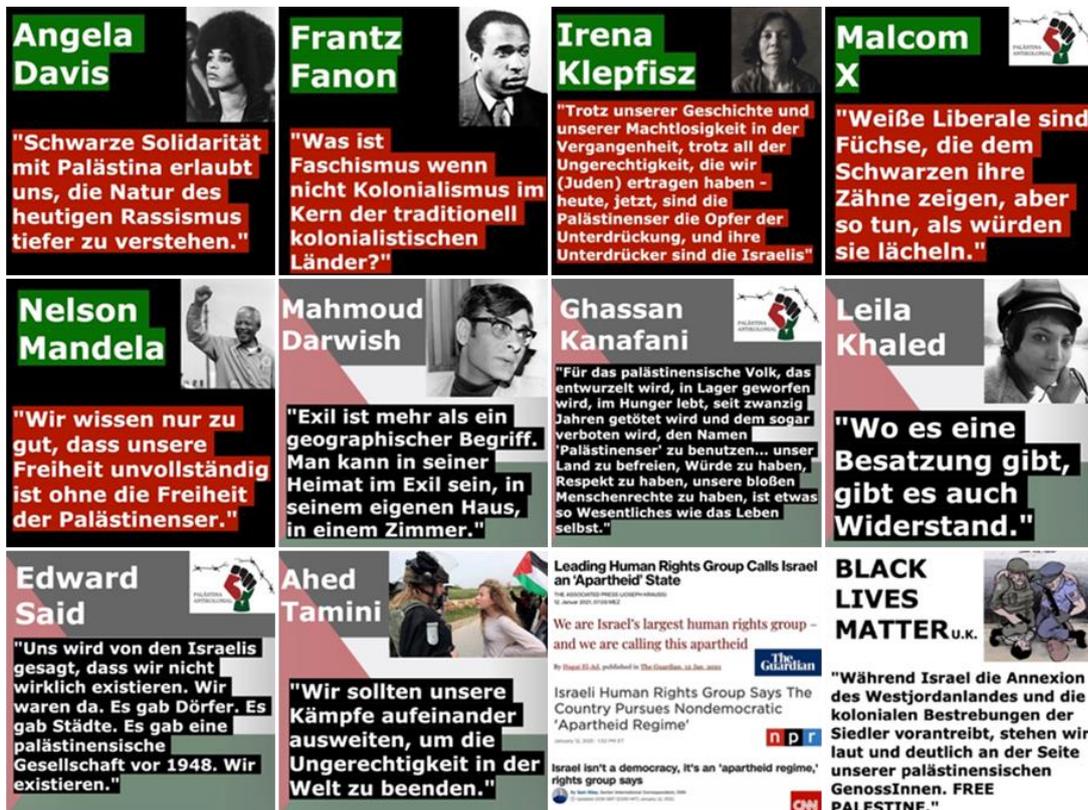
Wenn man vom Studierendenparlament aufgefordert wird, in "eure Länder" zurückzugehen, wenn euch "die Art und Weise, wie die Dinge hier gemacht werden" nicht gefallen

*

Proteste, die Rassismus und Marginalisierung herausfordern mit der Weigerung zum Schweigen gebracht zu werden

Am 1. Februar 2021 stellten die sogenannte "Kritische Linke" und die Juso-HSG im Studierendenparlament der Universität Münster einen 'Contra BDS-Antrag' [1] zur Abstimmung. Mit diesem Antrag wollten sie eine Resolution durchsetzen, die die von PalästinenserInnen geführte "Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen (BDS)"-Bewegung als antisemitisch darstellen würde, trotz der weltweiten Unterstützung von BIPOC und jüdischen Befreiungsgruppen. In dem Bestreben, diese 'Bewegung' zu verhindern oder zumindest ein starkes Statement dagegen zu verdeutlichen, mobilisierte Palästina Antikolonial seine Verbündeten, um an einer Wiederbesetzung des (virtuellen) Raums mitzuwirken, von dem aus das StuPa methodisch vorbereitet hatte, uns zu marginalisieren. Gemeinsam traten wir in das Zoom-Meeting mit Bildern ein, die den Widerstand zum Ausdruck bringen sollten, der seit jeher gegen den globalen Imperialismus und damit gegen die Projekte des Siedlerkolonialismus, der Apartheid und der ethnischen Säuberung, die der Staat Israel den Völkern Palästinas zumutet, geleistet wird. Insgesamt wollten wir zum Ausdruck bringen, dass dieser Wunsch nach Befreiung in der Vielstimmigkeit der revolutionären Stimmen auf der ganzen Welt existiert.

Beispiele des Bildmaterials:



Ein 'Contra-BDS'-Antrag, choreographiert über drei StuPa-Sitzungen von Praktikern des Imperialismus und der weißen Vorherrschaft

"Es gibt einen Unterschied zwischen dem Wissen über andere Völker und andere Zeiten, dass das Ergebnis von Verständnis, Mitgefühl, sorgfältigem Studium und Analyse um ihrer selbst willen ist, und auf der anderen Seite dem Wissen - wenn es das ist - das Teil einer allgemeinen Kampagne der Selbstbestätigung, der Streitlust und des offenen Krieges ist."

~Edward W. Said (1935-2003)

Der StuPa-Antrag vom 1. Februar 2021 sah vor, (studentische) Organisationen, die sich mit BDS solidarisieren, als "antisemitisch" zu bezeichnen, um sie zum Schweigen zu bringen und antiimperialistische Studentenbewegungen von wichtigen universitären Ressourcen auszuschließen. Der Antrag ist eine weitere Manifestation imperialistischer Haltungen in der allgemeinen Absprache zwischen israelischen und deutschen Behörden, um alle einheimischen Palästinenser, die palästinensische Diaspora und die Verbündeten der Palästinenser zu entmenschlichen, die sich gewissenhaft gegen die jahrzehntelangen Projekte des Staates Israel für Siedlerkolonialismus und zionistische Vorherrschaft wehren. Dabei handelt es sich um laufende Projekte, die in der Gründung des Staates Israel selbst ihren Ausdruck gefunden haben und die den Ländern, Völkern und Erzählungen des historischen Palästina aufgezwungen wurden. Seit dem frühen 20. Jahrhundert wurden diese Maßnahmen konsequent von der Militärmaschinerie globaler Mächte, wie den bevorzugten Sponsoren des Staates Israel im britischen, französischen und amerikanischen Imperium unterstützt und waren darüber hinaus über sieben Jahrzehnte lang für die systematische ethnische Säuberung und den Missbrauch von Millionen einheimischer Palästinenser aller Glaubensrichtungen und kultureller Verschiedenheiten verantwortlich. Der jüngste Antrag zielt folglich auch darauf ab, den öffentlichen Diskurs von den Handlungsaufforderungen palästinensischer Organisationen (d.h. BDS) und anderer Menschenrechtsbewegungen, die gemeinsam eine historisch starke Solidarität gegen diese und andere Ungerechtigkeiten teilen, abzutrennen, wenn nicht gar ganz zu "säubern". Der StuPa-Antrag ahmt damit die jüngsten Entscheidungen des AStA der Universität Münster nach, Organisationen wie Palästina Antikolonial auf ihre Liste "antisemitischer Gruppen" zu setzen, und ebenso die Entscheidung der Behörden der Stadt Münster, Palästina Antikolonial bei der nun ironisch betitelten Veranstaltung der Stadt "Wochen gegen Rassismus" kurzerhand auszuschließen. Diese Maßnahmen werden durch ahistorische Annahmen motiviert, die die jahrzehntelangen intellektuellen und menschenrechtlichen Diskussionen verdrängen, die einerseits den Staat Israel als einen siedlerkolonialistischen Vasallen imperialistischer Mächte und andererseits den palästinensischen Widerstand als einen der Dekolonisierung anerkennen, der von den Völkern der progressiven BIPOC-, jüdischen und antiautoritären Bewegungen auf der ganzen Welt gefordert wird.

Die Entscheidungen des StuPa, des AStA und der Stadt Münster lassen sich in ihrer Schwere im Kontext solcher historischer Auslassungen und Fehlkonzeptionen verstehen, eine problematische Situation, die insgesamt von den Kadern tendenziöser deutsch-israelischer Lobbygruppen gefördert (wenn nicht gar gestaltet) wurde. Ein Beispiel dafür ist die Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG), die ähnlich wie die Antideutsche-Bewegung Einschüchterungstaktiken anwendet, wobei die Antideutsche Bewegung oft ihren Einfluss geltend macht, um jeden zu entmündigen, der sich gegen den Staat Israel ausspricht (z.B. durch „Antisemitismus“-Vorwürfe, um zu erreichen, dass Personen ihren Job verlieren). Die Jugendorganisation der DIG (JuFo) ihrerseits hat auf ihrer Instagram-Seite ohne unsere

Einwilligung Fotos von Palästina-Antikolonial-Mitgliedern geteilt, die an der StuPa-Sitzung teilgenommen haben, sowie Palästina-Antikolonial-Mitglieder als TrägerInnen des "Markenzeichen des palästinensischen Terrors" (d.h. ihre rassistische Bezeichnung für die *Kufiya*) bezeichnet [1]. Diese weithin islamophobe Sprache, mit der nicht zuletzt PalästinenserInnen und UnterstützerInnen des palästinensischen Widerstands entmenschlicht werden, spiegelt zudem die diskriminierenden Äußerungen vieler StuPa-Mitglieder wider, die während beiden Sitzungen im Februar direkt gegenüber Mitgliedern von Palästina Antikolonial gemacht wurden. Abgesehen davon, dass sie jeden Diskussionspunkt unkritisch als "antisemitisch" abtaten und dass sie jeden, der mit palästinensischen Widerstandsbewegungen wie der (strategisch dezentralisierten) Initiative für wirtschaftliche Gerechtigkeit "Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen" (BDS) in Verbindung gebracht wird, als "Terroristen" reduzierten; gingen StuPa-Mitglieder sogar so weit, den Studierenden der Universität Münster in Palästina Antikolonial zu sagen, sie sollten zurück in ihre Länder gehen, wenn ihnen nicht gefalle, "wie die Dinge hier gemacht werden."

*

Das dritte Mal, dass Palästina Antikolonial und Verbündete an einer StuPa-Sitzung teilnahmen und gegen den sogenannten "Contra-BDS"-Antrag protestierten, fand am 5. Juli 2021 via Zoom statt. Nach den ersten beiden Sitzungen im Februar 2021 hatten die MitgliederInnen von Palästina Antikolonial hinreichenden Grund zu der Annahme, dass sie sich in ein außergewöhnlich feindseliges Umfeld für Studierende der Universität Münster begeben, die sich mit der kritischen Situation des so genannten "Israel-Palästina-Konflikts" auseinandersetzen. In Vorbereitung auf die StuPa-Sitzung recherchierten die MitgliederInnen von Palästina Antikolonial intensiv zu den Verflechtungen und Zusammenhängen der palästinensischen Situation. Diese intensive Recherche verfolgte das Ziel, eine Vielzahl von didaktischen Texten zu erstellen, die während der StuPa-Sitzung vorgelesen werden sollten. Die Texte behandeln eine Vielzahl von Aspekten, darunter: (1) Informationen und Aufklärung über BDS und dessen Strategien/Ziele, (2) die weltweite Anerkennung Israels als Apartheidstaat durch Menschenrechtsorganisationen/AktivistInnen, (3) die akuten Lebensbedingungen von Palästinensern unter israelischer Besatzung, (4) Erläuterungen zum Konzept des Siedlerkolonialismus, (5) palästinensischer/postkolonialer Widerstand während und seit der *Nakba*, (6) herausgegebene Schriften eines südafrikanischen Rabbiners, in denen die Apartheid in Israel und Südafrika verglichen wird, und (7) die Geschichte der systematischen Schwarzenfeindlichkeit des Zionismus, die sich nicht zuletzt gegen jüdische Menschen außereuropäischer/westlicher Abstammung richtet und von den Behörden des Staates Israel institutionalisiert und verankert wurde [2].

Das Thema des "Contra-BDS"-Antrags wurde in den späten Abend der StuPa-Sitzung am 5. Juli hineingeschoben. Wie schon in den beiden vorangegangenen Sitzungen im Februar änderte das StuPa auch beim Thema "Contra-BDS"-Antrag abrupt die Regeln für die Diskussion. Erstens haben die Mitglieder der StuPa-Mehrheit und die ModeratorInnen alle Profilbilder verboten, die sie für unzulässig "politisch" hielten, ohne in einem transparenten Verfahren zu klären, was sie unter diesem Verstoß verstehen. Zweitens beschränkten sie die Redezeit für alle Studierenden auf jeweils zwei Minuten und nur, wenn der "Contra-BDS"-Antrag eingebracht wurde. Drittens sperrte das StuPa die Kameras nur bei den TeilnehmerInnen, die *Kufiyas* trugen. Die ModeratorInnen begründeten diese Entscheidung damit, dass sie *Kufiyas* für eine

politisch unangemessene Kleidung hielten, obwohl es sich bei der "Contra-BDS-Diskussion" um ein explizit politisches Studentenforum handelte, das dennoch von dieser oxymoronischen Entscheidung betroffen sein sollte.

Die restriktiven Regeln, die zu Beginn und während der gesamten Diskussion aufgestellt wurden, gaben den Ton für die antidemokratische Blamage an, die sich daraus entwickeln sollte. Nachdem zwei Mitglieder von Palästina Antikolonial jeweils nur zwei Minuten Zeit bekamen, um Auszüge aus den vorbereiteten Texten vorzulesen, versuchte die StuPa-Mehrheit, die Diskussion komplett zu beenden, um zu verhindern, dass weitere Studierende zu Wort kommen. Diesem Silencing folgte zudem eine herablassende Haltung der Moderatoren gegenüber den protestierenden Studierenden. Sie behaupteten den Protestierenden gegenüber, dass das StuPa keine aktive Diskriminierung von Studierenden beabsichtige, lehnten es jedoch ab, in Situationen einzugreifen, in denen das Kräfteverhältnis unangemessen in Richtung Ausgrenzung und Mehrheitsbildung verschoben war. Das Versprechen der Moderatoren, den Studierenden am Ende der Sitzung Redezeit zu gewähren, wurde nicht eingehalten, obwohl dies den studentischen Mitgliedern von Palästina Antikolonial über private Chatprotokolle während der Sitzung wiederholt versichert wurde. Dies war nur eines von vielen Indizien dafür, dass es sich bei den Machtmissbräuchen der StuPa-Mehrheitsmitglieder und der mitschuldigen Moderatoren während der gesamten Sitzung um hektische Diskriminierungsakte handelte, die, auch wenn sie vorgeblich "unbeabsichtigt" waren, keineswegs "alles Teil des Prozesses" waren, wie ein StuPa-Moderator in privaten Chats erneut behauptet hatte. Vielleicht dient das nächste Detail als passende Analogie für den absurden Umgang mit grundlegenden demokratischen Prozessen in diesem Gremium, das behauptet, "für die Studierenden" zu sein - eine Behauptung, die in ihrer Absurdität noch verstärkt wird, wenn man sich daran erinnert, dass das StuPa-Gremium, das in dieser Zeit gewählt wurde, mit Stimmen von nur 9,7% der Studierendenschaft der Universität Münster "gewählt" wurde. In einem entscheidenden Moment des Abstimmungsverfahrens für den "Contra-BDS"-Antrag äußerten Parlamentsmitglieder langwierige und erhebliche Verwirrung darüber, worüber sie überhaupt abstimmten, was (zumindest) zeigt, dass diesen Parlamentsmitgliedern keine angemessene Chance gegeben wurde, den Antrag und seine entscheidenden Zusammenhänge angemessen zu verstehen, um ihre Stimme verantwortungsvoll abzugeben.

Forderung nach Gerechtigkeit wird mit Ausschluss von Universitätsressourcen bestraft

"Als Kind von vier Jahren sah ich mich mit den Erwachsenenproblemen von Leben und Tod, Recht und Unrecht belastet. Ich, als Träumerin, die in einem überfüllten Zimmer, in einer Seitenstraße in Sour, von einer blauen UN-Rationierungskarte lebte, bin Zeugin der zionistischen Unmenschlichkeit. Ich klage die Welt für ihre Duldung meiner Zerstörung an."

~**Leila Khaled** (geboren 1944)

Palästinensische Geflüchtete und Widerstandskämpferin

BDS ist eine von Palästinensern geleitete Widerstandsbewegung, die sich mit wirtschaftlichen Strategien gegen das imperialistisch unterstützte Projekt des Siedlerkolonialismus des Staates Israel organisiert, das trotz Generationen von Protesten der Bevölkerung in der gesamten Region des historischen Palästinas rücksichtslos vorangetrieben wird. Wie alle Projekte des Siedlerkolonialismus ist auch das des Staates Israel mit ausbeuterischen und autoritären Systemen wie dem europäisch-amerikanisch geführten militärisch-industriellen Komplex und

insbesondere dem jüngsten Vorstoß des von den USA geführten "Krieges gegen den Terror" verbunden und wird von diesen wiederum aufrechterhalten. Seit mehr als sieben Jahrzehnten wird das Projekt des Siedlerkolonialismus von den Behörden des Staates Israel durch scheinbar endlose militärische Kampagnen gegen die einheimische Bevölkerung des historischen Palästinas und durch brutale Besetzungen vorangetrieben. Palästinensische und andere Befreiungsbewegungen auf der ganzen Welt haben aus gemeinsamer historischer Erfahrung seit langem erkannt, dass diese Art von immer weiter fortschreitender militärischer Besetzung strategisch für die grundlegend vorherrschenden Ziele von imperial unterstützten Mächten wie dem Staat Israel ist, um ein "Apartheid"-Regime zu errichten und aufrechtzuerhalten, durch das eine Gruppe - d.h. euro-amerikanische zionistische Siedler - die Ressourcen einer Region an sich reißt und die totale Herrschaft über alle anderen Völker anstrebt, die seit Generationen auf diesem Land zusammenleben: die Vielfalt der einheimischen Gemeinschaften Palästinas. Im Kampf gegen Siedlerkolonialismus und Imperialismus sind palästinensisch geführte Widerstandsbewegungen wie BDS solidarisch mit bewährten Mitgliedern der südafrikanischen Anti-Apartheid-Partei/Bewegung "African National Congress", mit Generationen schwarzer Befreiungsbewegungen von der "Black Panther Party" bis zu #blacklivesmatter, sowie mit jüdischen People of Color und Organisationen wie "Jewish Voice for Peace". Darüber hinaus veröffentlichte die in Israel ansässige Menschenrechtsgruppe "B'Tselem" im Jahr 2021 eine eindringliche Kritik an den Staat Israel, in der jahrelange Forschung, Zusammenarbeit und Engagement mit palästinensischen Verbündeten in ihrem Bericht "This is Apartheid" [3] zusammengefasst wurden. Seitdem sind noch mehr Menschen nicht nur zu der Einsicht gelangt, dass der Staat Israel mit den Grausamkeiten des Völkermords und der Apartheid gegründet wurde und aufrechterhalten wird, sondern auch zu der absoluten Notwendigkeit, sich ausnahmslos gegen den Imperialismus und gegen seine systemische Ausarbeitung und parasitäre Delegation in siedlungskoloniale Bewegungen auszusprechen und mutig zu handeln, wofür der Zionismus und der daraus resultierende Apartheidstaat Israel ein ungemein grausames Beispiel sind.

Allein im vergangenen Jahr haben verschiedene internationale Menschenrechtsgruppen (endlich) den Aufrufen von Gemeinschaften an der Basis in Palästina und anderswo Gehör geschenkt, sich ernsthaft, radikal, kontinuierlich und ausnahmslos für wiedergutmachende Gerechtigkeit einzusetzen. Die in New York ansässige "Human Rights Watch" und "Amnesty International" (mit Ausnahme von Amnesty International Deutschland, wie es scheint) sind nur zwei Beispiele für internationale Organisationen, die öffentlich auf die intellektuelle und aktivistische Arbeit der generationenübergreifenden, von Palästinensern/BIPoC geführten Bewegungen reagiert haben, und zwar mit jeweils eigenen Berichten, die die Entlarvung des Apartheidregimes des israelischen Staates weiter verstärken [4][5]. Und wenn wir die Aufmerksamkeit auf lokale und studentische Aktionen in Deutschland lenken, haben (Solidaritäts-)Gruppen wie Palästina Antikolonial damit begonnen, den Druck auf Institutionen zu erhöhen, die an Rassismus und Imperialismus mitschuldig sind, die solche Gräueltaten wie den anhaltenden Völkermord des Staates Israel an den palästinensischen Völkern untermauern. So bekräftigten studentische AktivistInnen von Palästina Antikolonial ihre leidenschaftliche Unterstützung für BDS und entlarvten die Formen des rassistischen Antisemitismus, die von der Verwaltung der Universität Münster scheinheilig gedeckt werden, indem sie den "Offenen Brief von 240 jüdischen und israelischen WissenschaftlerInnen an die deutsche Regierung, BDS NICHT mit Antisemitismus gleichzusetzen" während der vierten der Palästina Antikolonial-Protteste gegen den Contra-BDS-Antrag des StuPa, welcher am 22. November

2021 im Universitätsschloss statt fand, vorlasen (siehe Abschnitt II dieses Dokuments).

Ungeachtet der vielen Versuche von Palästina Antikolonial, über dieses Thema zu sprechen, hat das StuPa der Universität Münster die Pathologisierung von BDS fortgesetzt und verkündet, dass es jeden ausschließen würde, der sich der Bewegung anschließt oder auch nur ihre ultimativen Ziele der palästinensischen Befreiung und weltweiten Dekolonisierung unterstützt. Der beschlossene Antrag droht nun, die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Palästina Antikolonial und anderen marginalisierten studentischen Gruppen, wie dem BIPoC-Referat, dem Referat für finanziell und kulturell benachteiligte Studierende und Studieren mit Kind (neben vielen anderen), stark einzuschränken. Wir gehen davon aus, dass sich das StuPa und seine MitgliederInnen nun ermutigt fühlen, diesen ausgrenzenden Einfluss auszuweiten, um marginalisierte Studierende weiter zu schikanieren. Wenn wir als Gemeinschaft dies nicht in Frage stellen, könnten wir erleben, dass das StuPa seine Praxis der faschistischen Klausel ausweitet, die heimtückischerweise ihren "Contra-BDS"- und andere damit verbundene Anträge unterstreicht: dass alle GastreferentInnen, Initiativen oder sogar literarische/curriculare Empfehlungen einen politischen Lackmus-Test bestehen müssen, bevor sie im Kontext der Universität und der Studierendenschaft teilnehmen oder Unterstützung erhalten [1]. Der Lackmustest würde dazu dienen, BDS-Sympathisanten zu "enttarnen", sie zu bestrafen und so eine Illusion von ideologischer "Reinheit" als Voraussetzung für diejenigen zu erzeugen, die als würdig genug angesehen werden, die "Studierendenschaft" zu vertreten. Diejenigen, die die StuPa-Mehrheit in dieses Gremium aufnehmen will, sind daher standardmäßig nur diejenigen, die eine kriecherische Unterstützung für zionistische Projekte zulassen: nämlich die Apartheid und die Besetzung von Palästina, die ethnische Säuberung und die Unterdrückung der Palästinenser und die Verherrlichung des Staates Israel als ein gegen Kritik immun Gebilde. Alle anderen Ansichten werden zunehmend ausgeschlossen.

Der Antrag schadet nicht nur den palästinensischen Studierenden und der Diaspora in Münster, sondern schränkt auch die Bemühungen von BIPoC-Studierenden gegen den Imperialismus an unserer Universität ein, indem er einen entscheidenden Kontext - die andauernde Besetzung Palästinas durch den Siedlerkolonialismus - von einer sinnvollen Kritik und Verknüpfung mit den anderen Kontexten der Unterdrückung ausschließt, die der Staat Israel und seine (insbesondere) westlichen Verbündeten gemeinsam verstärken. BIPoC-Studierende und alle historisch unterdrückten, marginalisierten Studierenden und Menschen in Münster werden durch die aktuelle(n) Entschließung(en) des StuPa systematisch mundtot gemacht, beginnend mit dem Antrag, der von der sogenannten "Kritischen Linke" und Juso-HSG im Jahr 2021 eingebracht wurde. Die "Kritische Linke", die Juso-HSG und das StuPa sind so weit gegangen, BDS sowie jeden wirksamen Widerstand gegen die imperialistischen und siedlerkolonialistischen Projekte des Staates Israel unaufrichtig als Beispiele für "Antisemitismus" zu kategorisieren. Auf diese Weise wird der Begriff des Antisemitismus missbraucht, um eine Agenda der Beschönigung voranzutreiben, die unter anderem darauf abzielt, sowohl die Vielfalt des Judentums als auch die historische Geschichte des Judentums zu reduzieren, indem diese monolithisch mit dem Staat Israel und seinen zionistischen Behörden in Verbindung gebracht werden. Dieser reduzierende und ausgrenzende Ansatz, der mehrheitliche Prozess seiner Legitimierung in Gremien wie dem StuPa und die penetrante Besessenheit von ideologischer Reinheit unter den Befürwortern der "Contra-BDS"-Bewegung(en) zeigen, wie White Supremacy und imperialistisches Denken sowohl schleichend als auch explizit in Universitäten und anderen Institutionen in Deutschland fortbestehen.

Fazit: Eine kurze Geschichte des palästinensischen Widerstands und der israelischen Besatzung

"Glaubst du, wenn sie von Jerusalem singen, meinen sie unsere eigenen gewölbten Straßen, gepflasterten Gassen und terrassenförmigen Hügel? Niemals. Christus ist für den Westen zu einer Idee geworden - einer abstrakten Idee mit einem Schauplatz, aber der Schauplatz hat jede geografische Bedeutung verloren. Für sie ist das Heilige Land ein Märchenland... Aber für uns ist die Geographie real und unentrinnbar. Wenn sie von Jerusalem singen ... meinen sie nicht unsere Stadt.

~Aus *Hunters in a Narrow Street*, von **Jabra Ibrahim Jabra** (1920-1994)
Palästinensisch/irakischer Schriftsteller, Dichter, Künstler und Intellektueller.

Viele haben auch die Enteignung und Verfolgung der PalästinenserInnen in Israel und den "besetzten Gebieten" als Apartheid bezeichnet, ein aktuelles Beispiel ist die Erklärung "THIS IS APARTHEID" der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem [3]. Welchen Begriff wir auch immer hören, für die Millionen von PalästinenserInnen, die unter aufgezwungenen Bedingungen von Besatzung, Diskriminierung und Exil leben, ist die Situation eine jahrhundertelange Katastrophe - beginnend mit der kolonialistischen Balfour-Deklaration durch das britische Empire im Jahr 1917, und noch immer ist kein gerechtes Ende in Sicht. Im Jahr 1948 kam es zur *Nakba*, bei der der Staat Israel 750.000 Palästinenser aus ihren Häusern vertrieb, 530 Dörfer zerstörte und 15.000 Zivilisten massakrierte. 1967 begann der Staat Israel offiziell mit der Besetzung der palästinensischen Gebiete, ein Erbe, das mit der Zerstörung weiterer Dörfer und Olivenhaine, der Vertreibung von Menschen aus ihren Häusern und der Kolonisierung des ethnisch gesäuberten Landes mit Hunderten von exklusiven Siedlungen, die für jeden, der nicht der Definition der Besatzer von "israelisch-jüdisch" entspricht, verschlossen sind, weitergeht. Heute leisten die PalästinenserInnen Widerstand gegen Militarismus, polizeiliche Repression und Engstirnigkeit und sind entmenschlicher Gewalt ausgesetzt, selbst wenn sie gegen die inhumane Situation protestieren. Nach Angaben der Vereinten Nationen töteten die israelischen Verteidigungskräfte 180 und verwundeten oder verstümmelten 29.000 palästinensische Demonstranten im Jahre 2018, viele der Opfer waren auch Minderjährige, Journalisten und Rettungskräfte.

In der Tat offenbart die historische Analyse der gegenwärtigen Situation einen aufschlussreichen Kontrast zwischen der ungebrochenen Gegenseitigkeit von palästinensischen und BIPOC-Widerstands- und Befreiungsbewegungen einerseits und den durchweg autoritären Abhängigkeiten sowohl des zionistischen Denkens als auch des Staates Israel von kolonialistischen Mächten und jahrhundertelangen orientalistischen Diskursen, von mehr als einem Jahrhundert militaristischer Interventionen und von einer beunruhigenden und ständig wachsenden Liste von Menschenrechtsverletzern und ihren unterwürfigen Entschuldigern (d. h. eine Liste, zu der nicht zuletzt die Apartheid-Regierung Südafrikas und der militärisch-industrielle Komplex der USA gehören).

In Münster, Deutschland, werden Gruppen von palästinensischen, BIPOC- und antiimperialistischen Studierenden routinemäßig zum Schweigen gebracht, ausgegrenzt oder als antisemitisch bezeichnet - von scheindemokratischen studentischen, städtischen oder universitären Gremien. Nicht nur, dass wir und unsere aktivistischen Verbündeten kaum die Möglichkeit haben, unsere Positionen zu verdeutlichen, der "offizielle" Ausschluss von Palästina Antikolonial ermöglicht es den meist weißen Studierendengruppen auch, unseren

Aktivitäten und Beteiligungen die Chance auf universitäre Finanzierung und Ressourcen zu nehmen. Diese Mittel sind dazu gedacht, das Lernen aller Studierenden zu unterstützen. Dies ist ein klarer und rassistischer Verstoß gegen die Ethik, unsere Rechte und die lebendige Menschlichkeit der palästinensischen, jüdischen und BIPOC-Studierenden. Wir schließen uns dem weltweiten Kampf gegen staatliche und polizeiliche Gewalt, gegen Imperialismus und (Siedler-)Kolonialismus, gegen systemischen Rassismus an und stehen in Solidarität mit den weitreichenden Protesten von #blacklivesmatter und anderen Organisationen gegen die Weiße Vorherrschaft. In der Tat ist es die Weiße Vorherrschaft, die die Palästinenser systemisch unterdrückt und die Idee des Judentums in den Köpfen mancher Menschen so verzerrt hat, dass sie eine Entschuldigung für anhaltende Ungerechtigkeit ist.

[1] Zur Webseite der oben genannten Berichte, die von studentischen AktivistInnen in Zusammenarbeit mit Palästina Antikolonial verfasst wurden, zur **herunterladbaren Datei des Anhangs** und zu aktuellen Informationen über die Berichte und/oder die Situation folgen Sie bitte diesem Link: <https://palaestina-muenster.jimdofree.com/stellungnahmen-reden-dossiers/bericht-die-bek%C3%A4mpfung-des-globalen-imperialismus-an-unserer-lokalen-universit%C3%A4t-2021/>

[2] Um auf die herunterladbare Datei der referenzierten "Researched Speaking Contents/Texts" zuzugreifen, besuchen Sie bitte die Website-Version dieses Berichts und klicken Sie auf den Link, der unter der Referenz [2] anstelle dieser Beschreibung erscheint. Um auf die Website-Version (Deutsch) des Berichts zuzugreifen, klicken Sie bitte: <https://palaestina-muenster.jimdofree.com/stellungnahmen-reden-dossiers/bericht-die-bek%C3%A4mpfung-des-globalen-imperialismus-an-unserer-lokalen-universit%C3%A4t-2021/>

[3] https://www.btselem.org/publications/fulltext/202101_this_is_apartheid

[4] <https://www.hrw.org/report/2021/04/27/threshold-crossed/israeli-authorities-and-crimes-apartheid-and-persecution>

[5] Zugang zum herunterladbaren Bericht von Amnesty International in der Sprache Ihrer Wahl: <https://www.amnesty.org/en/documents/mde15/5141/2022/en/>

*



II.A. UPDATE: Ein vierter Protest mit der Forderung nach Gerechtigkeit für Palästina: wurde am Abend des 22. November 2021 vom Studierendenparlament der Universität Münster mit polizeilicher Repression angegangen

*

Am Montag, den 22.11.2021, nahmen MitgliederInnen von Palästina Antikolonial an der Sitzung des Studierendenparlaments (StuPa) der WWU teil, um gegen die anhaltende Pathologisierung der von PalästinenserInnen geführten Graswurzelbewegung "Boycott, Desinvestition und Sanktionen" (BDS) zu protestieren. BDS legt den Schwerpunkt auf wirtschaftliche Widerstandsstrategien gegen die anhaltende Apartheid und Verfolgung der einheimischen PalästinenserInnen durch den Staat Israel und ist eine Bewegung, die sich ausdrücklich an ähnlichen Boykottbewegungen orientiert, die von einheimischen AfrikanerInnen gegen das Apartheidregime in Südafrika geführt wurden. In der Sitzung sollte u.a. über einen Antrag der sog. ‚Kritischen Linken‘ abgestimmt werden, der sich gegen den Vortrag "Die BDS-Debatte & die deutsche Linke" (am 15.12.2021 um 19 Uhr im Hörsaal S1, Schloss) richtete. Trotz weltweiter Aufrufe, BDS nicht mit Antisemitismus zu verwechseln, und trotz des Wunsches vieler Studierender in Münster, die wichtige Geschichte und Existenz solcher Widerstandsbewegungen gegen die Apartheid zu diskutieren, haben die Mehrheitsparteien des StuPa den Versuch fortgesetzt, jede Diskussion zu blockieren, die sich mit Palästina oder seinen Graswurzelbewegungen beschäftigt. Konkret forderte der Antrag der Kritischen Linken die Universität auf, den von studentischen AktivistInnen reservierten Raum für den BDS-Vortrag zu entziehen, obwohl diese Universitätsräume ausdrücklich für solche studentischen Diskussionen und Veranstaltungen vorgesehen sind.

Ziel des Palästina Antikolonial Protestes war es, die StuPa-MitgliederInnen über BDS zu informieren und zu verdeutlichen, dass es schlichtweg falsch ist, BDS als antisemitisch zu bezeichnen, die Meinung zahlreicher WissenschaftlerInnen im Forschungsbereich Antisemitismus [1] zu ignorieren und obendrein das verfassungsrechtlich geschützte Recht auf Meinungsfreiheit [2] zu verletzen, indem Studierende unserer Universität mit hämischen und/oder ignoranten Begründungen mundtot gemacht werden.

Der Antrag sollte als letzter von 12 Tagesordnungspunkten behandelt werden, was bedeutete, dass die Diskussion über ein so wichtiges und historisch komplexes Thema in den späten Abend geschoben wurde. Dies ist ein Verstoß gegen den Grundsatz des StuPa, Tagesordnungspunkte vorzuziehen, für die eigens Studierende (d.h. NichtmitgliederInnen des StuPa) zur Sitzung kommen. Dieser sinnvolle Grundsatz, der von Respekt und Gastfreundschaft gegenüber KommilitonInnen zeugt, gilt offenbar nicht für palästinasolidarische Studierende. Bereits im vergangenen Jahr wurden Palästina Antikolonial-MitgliederInnen und ihre Verbündeten bei StuPa-Sitzungen respektlos behandelt. Bei einem der ersten Treffen mussten wir beispielsweise alle über vier Stunden warten, bis das Thema BDS/Palästina aufgerufen wurde. Nachdem man uns vier Stunden lang mit trockener Bürokratie warten ließ, entschied die Mehrheit der Mitglieder aus einer Laune heraus mitten in der Diskussion, dass sie "jetzt zu müde [sind, um das Thema zu diskutieren], wir werden den Punkt verschieben und ihr könnt nächste Woche wiederkommen" (Sitzung vom 18.01.2021). In der darauffolgenden Woche erschienen wir erneut, nur um über Zoom angefeindet zu werden (01.02.2021), unsere Videos mitten in der Diskussion abgeschaltet zu bekommen und anschließend für den Rest der Sitzung das Rederecht zu verlieren.

Obwohl die Diskussion dieser Themen Sensibilität und Raum erfordert, haben die MitgliederInnen der StuPa-Mehrheit insgesamt antidemokratische Taktiken angewandt, um zu verhindern, dass abweichende Stimmen gehört werden, die sie als unangenehm für ihre vorgefassten Meinungen empfinden - zum Beispiel zu BDS. Insgesamt ist dies ein Versuch, eine totalitäre Mehrheit aufrechtzuerhalten, indem manipuliert wird, welche Informationen den

anderen StuPa-MitgliederInnen und Beobachtern präsentiert (oder vorenthalten) werden. Der grundlegende Antrieb für dieses Verhalten bestand NICHT darin, die demokratische oder intellektuelle Verantwortung wahrzunehmen, für die diese studentischen Gremien eigentlich da sind. Stattdessen erleben wir einen Zwang, der von den Verfechtern eines engstirnigen Status Quo ausgeht, um durch Einschüchterung und Konformismus sicherzustellen, dass studentisch geführten Gruppen wie Palästina Antikolonial finanzielle Unterstützung und Räume an der Universität verweigert werden. Anstatt zu aktivem studentischem Engagement aufzurufen, hat das StuPa von den Studierenden verlangt, unhinterfragt das durchzusetzen, was der Mehrheitspartei passt, die ohnehin darauf beruht, abweichende Meinungen zum Schweigen zu bringen.

Nachdem dieser Kontext erörtert wurde, kehren wir zu der Darstellung zurück, wie sich die StuPa-Sitzung am 22.11.2021 entwickelte. MitgliederInnen von Palästina Antikolonial beantragten, dass das BDS-Thema im Einklang mit dem Grundsatz des demokratischen Respekts gegenüber KommilitonInnen vorgezogen wird. Als dies (ohne Abstimmung) abgelehnt wurde, begannen wir, unsere Rechte als Studierende einzufordern, indem wir den "Offenen Brief von 240 jüdischen und israelischen Wissenschaftlern an die deutsche Regierung" vorlasen. Dieser Brief warnt davor, BDS mit Antisemitismus gleichzusetzen und beschreibt genau die Auswirkungen, die diverse Gruppen wie Palästina Antikolonial und das AStA-eigene Autonome BiPoC-Referat erdulden mussten: dass UnterstützerInnen palästinensischer Menschenrechte fälschlicherweise als antisemitisch abgestempelt und damit ausgegrenzt werden.

Die meisten StuPa-MitgliederInnen verließen den Raum, um den vorzutragenden Brief nicht zu hören, während andere (wie die Mitglieder des Autonomen BiPoC-Referats) blieben, um unsere Darstellungen zu hören und unsere Informationspakete zu lesen, die wir vor der Sitzung an die StuPa-MitgliederInnen verteilt hatten [3]. In der Zwischenzeit wurde der Hausmeister des Gebäudes hinzugezogen, um die Situation im Namen der StuPa-Mehrheitsparteien zu klären (wiederum ohne Abstimmung oder Diskussion). Der Hausmeister versuchte aggressiv, uns aus dem Raum zu werfen, was wir mit dem Hinweis auf unsere Rechte als Studierende ablehnten. Da wir weiterhin unsere recherchierten Texte vorlasen [4] und der Hausmeister es nicht schaffte, uns mit seinem Geschrei und seinen Autoritätsbekundungen einzuschüchtern, sahen sich die MitgliederInnen der StuPa-Mehrheit dazu veranlasst, die Polizei zu rufen (Das Autonome BiPoC-Referat [5] und Mondoweiss [6] haben ihre eigene Berichterstattung über den Polizeieinsatz im StuPa veröffentlicht).

Das mag nach Satzung des StuPa, Hausrecht und blabla, alles korrekt sein. Wir fragen die StuPa-Mitglieder trotzdem: Was maßt ihr euch an? Ihr schreibt „Lebendige Demokratie“ auf eure Website, könnt aber mit Protest gegen eure Strukturen und eure repressive Politik gegen Studierende nicht anders umgehen, als die Bullen zu rufen? Ihr wurdet von gerade mal 9% der Studierenden gewählt, wollt uns dann aber an der Uni silencen indem ihr uns das Recht auf Räume und Gelder entzieht, indem ihr uns mehrfach in Sitzungen das Rederecht entzieht, und dann nennt ihr uns antidemokratisch?

Dass die StuPa-Mehrheit das Bedürfnis hatte, die Polizei zu rufen, zeigt, dass sich diese MitgliederInnen angegriffen und in Gefahr fühlten. Wir fragen: Was wurde angegriffen, als Palästina Antikolonial anfing, gut recherchierte Materialien zu verlesen; als Palästina Antikolonial standhaft blieb, während die Mehrheitsmitglieder wiederholt versuchten, uns aus

dem Raum zu entfernen - bis hin zur Aufforderung zum Einsatz von Polizeigewalt! Angegriffen wurde natürlich der engstirnige, selbstbeschränkende Egoismus der StuPa-Mehrheitsmitglieder und ihr Schutz rassistischer, autoritärer Machtformen, auf die sie sich auf Kosten und zum Schaden des studentischen und intellektuellen Lebens immer noch berechtigt fühlen. Empathie verlangt von uns, uns gegen solche Strukturen zu wehren, bis sie zusammenfallen, und unser Wunsch nach einer widerstandsfähigen und offenen Gesellschaft motiviert uns dazu, Ignoranz und systemischen Rassismus bewusst und offen zu konfrontieren, bis ihre Strukturen zusammenbrechen. Deshalb: Nieder mit der Apartheid gegen die indigenen Palästinenser und nieder mit den geistigen Fesseln, die sie aufzwingen!

Unsere Reihe von Protesten im StuPa hat die strukturelle Diskriminierung aufgedeckt, die der Einrichtung und Aufrechterhaltung dieses Mehrheitsblocks zugrunde liegt. Unsere Proteste haben nicht nur die häufigen Mikroaggressionen und andere heimtückische Formen des systemischen Rassismus ans Licht gebracht, sondern auch die Beleidigungen, die explizit von den MitgliederInnen des StuPa selbst geäußert wurden! Während der drei Treffen, die dem 22.11.2021 vorausgingen, fühlten sich die MitgliederInnen des StuPa und ihre UnterstützerInnen ermutigt, wahrscheinlich aufgrund der anhaltenden Untätigkeit der Universitätsverwaltung, palästinasolidarische Studierende als "Terroristen", "Antisemiten" und TrägerInnen des "Markenzeichen des palästinensischen Terrors" (d.h. ihre ignorante Beschreibung der *Kufiyah*) zu bezeichnen. Bei einem dieser ersten Treffen ging ein solches Mitglied sogar so weit, einem internationalen Studenten von Palästina Antikolonial zu sagen, er solle "in sein Land zurückgehen, wenn ihm die Art und Weise, wie die Dinge hier gemacht werden, nicht gefällt".

Da die Mitglieder der StuPa-Mehrheit nicht nachdenklich genug waren, um dieses Verhalten einzustellen, setzten sie diese Beschimpfungen gegen die protestierenden Studierenden am Abend des 22.11.2021 fort, wobei sie von der StuPa-Moderatorin ermutigt wurden, die sich über die Mitglieder von Palästina Antikolonial lustig machte, als diese das Wort ergriffen. Es gibt einen besonderen Vorfall von diesem Abend, der bezeichnend für die rassistische Misogynie ist, die StuPa-MitgliederInnen gegen Studierende von Palästina Antikolonial eingesetzt haben, und die Erinnerung daran macht uns sowohl traurig als auch wütend. Gleich zu Beginn der Sitzung wurde eine weibliche PoC-Genossin von männlichen StuPa-Mitgliedern ständig zur Zielscheibe von schmutzigen Blicken und Gelächter gemacht. Unsere Genossin reagierte gelassen und winkte den Männern zu, die daraufhin wegschauten. Später, als sie von der Polizei hinausbegleitet wurde, machte einer dieser Männer eine abfällige Bemerkung über ihr Aussehen, indem er ihr direkt in die Augen sah und sagte: "Du bist so hässlich". Es muss wohl nicht erwähnt werden, dass niemand aus dem StuPa, nicht einmal die Moderatorin, auf derartige Beleidigungen reagierte.

Dennoch bleibt uns nichts anderes übrig, als immer wieder zu StuPa-Sitzungen zu gehen, wenn versucht wird, unmenschliche, verfassungswidrige und diffamierende Beschlüsse über uns oder über BDS und die palästinensische Menschenrechts- und Widerstandsbewegung zu fassen. Überall dort, wo sie versuchen, ihre Macht so auszuüben, dass sie Studierende diskriminieren, und weil sie ihre Macht krampfhaft missbrauchen, um (studentischen) Widerstand gegen die Unmenschlichkeit der Apartheid (z.B. in Palästina) zu unterdrücken. Unsere sich verflechtenden Graswurzelbewegungen für Gerechtigkeit werden sich auch weiterhin, ob in Palästina oder in Münster, widerstandsfähig für die Stärkung von Vielfältigkeit, offenem Austausch und Diskussion einsetzen. Schließlich sollten die

MitgliederInnen des StuPa unsere Vertretung sein, stattdessen versuchen sie jedoch, Studierende voneinander abzugrenzen, indem sie Fehlinformationen über BDS verbreiten und sich auf Definitionen von Antisemitismus berufen, die zumindest hochproblematisch [7] und wissenschaftlich umstritten, wenn nicht sogar schlichtweg falsch sind [8]. Wir als (solidarische) MitgliederInnen von Widerstandsbewegungen - in voller Unterstützung und engagierter Zusammenarbeit mit palästinensischen Bewegungen - vertreten uns also selbst, ob es ihnen nun passt oder nicht.

[1] https://ia803200.us.archive.org/24/items/2019-06-03_Aufruf-von-240-uedischen-u-israelischen-Wissenschaftlern-an-Bundesregierung-zu-BDS/2019-06-03_Aufruf-von-240-uedischen-und-israelischen-Wissenschaftlern-an-die-Bundesregierung-zu-BDS-und-Antisemitismus.pdf

[2] <https://www.bundestag.de/resource/blob/814894/cf6a69d010a1cc9b4a18e5f859a9bd42/WD-3-288-20-pdf-data.pdf>

[3] Um auf die herunterladbare Datei des erwähnten "Informationspakets" zuzugreifen, besuchen Sie bitte die Website (Deutsch) dieses Berichts und klicken Sie auf den Link, der unter der Referenz [3] anstelle dieser Beschreibung erscheint. Um auf die Website (Deutsch) des Berichts zuzugreifen, klicken Sie bitte auf: <https://palaestina-muenster.jimdofree.com/stellungnahmen-reden-dossiers/bericht-die-bek%C3%A4mpfung-des-globalen-imperialismus-an-unserer-lokalen-universit%C3%A4t-2021/>

[4] Um auf die herunterladbare Datei der referenzierten "Researched Speaking Contents/Texts" zuzugreifen, besuchen Sie bitte die Website-Version dieses Berichts und klicken Sie auf den Link, der unter der Referenz [4] anstelle dieser Beschreibung erscheint. Um auf die Website-Version (Deutsch) des Berichts zuzugreifen, klicken Sie bitte: <https://palaestina-muenster.jimdofree.com/stellungnahmen-reden-dossiers/bericht-die-bek%C3%A4mpfung-des-globalen-imperialismus-an-unserer-lokalen-universit%C3%A4t-2021/>

[5] <https://www.instagram.com/p/CW51R-LtMu3/>

[6] <https://mondoweiss.net/2021/12/german-police-remove-pro-palestinian-students-from-campus-meeting/>

[7] <https://www.jpost.com/judaism/progressive-jewish-groups-oppose-codification-of-ihra-antisemitism-definition-655293>

[8] https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_2-2019_Antisemitismus.pdf

*



*

III. Aufruf an die Bundesregierung von 240 Jüdischen und Israelischen Wissenschaftlern: Setzen Sie „BDS“ nicht mit Antisemitismus Gleich

3. Juni 2019

Mitte Mai wiesen jüdische und israelische Wissenschaftler, von denen viele in den Bereichen Antisemitismusforschung, jüdische Geschichte und Geschichte des Holocaust spezialisiert sind, auf den alarmierenden und zunehmenden Trend hin, Unterstützer palästinensischer Menschenrechte als antisemitisch abzustempeln. Dies geschah in einem an den Deutschen Bundestag gerichteten Aufruf zu mehreren Anträgen, die gegen die Bewegung für Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsmaßnahmen (BDS) eingereicht wurden. Viele von uns haben diesen Aufruf unterzeichnet.

Am 17. Mai wurde einer dieser Anträge, eingereicht durch die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, angenommen. Wir lehnen diesen Beschluss, der auf dem falschen Vorwurf beruht, dass BDS als solches Antisemitismus gleichkommt, ab. Wir fordern die Bundesregierung auf, diesem Beschluss nicht zu folgen und Antisemitismus zu bekämpfen, während sie die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit, die unbestreitbar angegriffen werden, respektiert und schützt.

Wie in der früheren Erklärung zum Ausdruck gebracht, betrachten wir Antisemitismus und alle Formen von Rassismus und Fanatismus als Bedrohungen, die bekämpft werden müssen,

und wir ermutigen die deutsche Regierung und den Bundestag, dies zu tun. Der Bundestagsbeschluss unterstützt diesen Kampf jedoch nicht. Im Gegenteil, er untergräbt ihn.

Die Meinungen zu BDS gehen unter den Unterzeichnern dieses Aufrufs erheblich auseinander: Manche mögen BDS unterstützen, während andere es aus verschiedenen Gründen ablehnen. Wir alle lehnen jedoch gleichermaßen die trügerische Behauptung ab, BDS sei als solches antisemitisch, und wir bekräftigen, dass Boykotte ein legitimes und gewaltfreies Mittel des Widerstands sind. Wir, darunter führende Antisemitismusforscher, erklären, dass man nach dem Inhalt und dem Kontext seiner Worte und Taten als Antisemit betrachtet werden sollte – ob sie nun von BDS-Unterstützern stammen oder nicht.

Bedauerlicherweise ignoriert der Beschluss die ausdrückliche Ablehnung „aller Formen von Rassismus, einschließlich Antisemitismus“ durch die BDS-Bewegung. Die BDS-Bewegung versucht, die Regierungspolitik eines Staates zu beeinflussen, der für die anhaltende Besetzung und Unterdrückung des palästinensischen Volkes verantwortlich ist. Eine solche Politik kann nicht immun gegen Kritik sein. In diesem Zusammenhang ist auch anzumerken, dass viele jüdische und israelische Einzelpersonen und Gruppen BDS entweder ausdrücklich unterstützen oder das Recht darauf verteidigen. Wir halten es für unangemessen und beleidigend, wenn deutsche Regierungs- und parlamentarische Institutionen sie als antisemitisch abstempeln.

Darüber hinaus entsprechen die drei Hauptziele des BDS – die Beendigung der Besetzung, die volle Gleichberechtigung der arabischen Bürger Israels und das Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge – internationalem Recht, auch wenn das dritte Ziel zweifellos diskussionswürdig ist. Wir sind entsetzt darüber, dass Forderungen nach Gleichberechtigung und der Einhaltung des Völkerrechts als antisemitisch angesehen werden.

Wir kommen zu dem Schluss, dass der Anstieg des Antisemitismus eindeutig nicht die Sorge ist, die den vom Bundestag beschlossenen Antrag inspiriert hat. Im Gegenteil, dieser Antrag ist von den politischen Interessen und der Politik der am stärksten rechtsgerichteten Regierung Israels in der Geschichte des Landes angetrieben.

Seit Jahren bezeichnet die israelische Regierung unter Premierminister Benjamin Netanyahu jede Opposition gegen ihre illegale und friedensschädigende Politik als antisemitisch. Es kann niemanden überraschen, dass Netanyahu den Beschluss des Bundestages sehr begrüßt hat. Dies veranschaulicht, wie der Kampf gegen den Antisemitismus instrumentalisiert wird, um die Politik der israelischen Regierung abzuschirmen, die schwere Menschenrechtsverletzungen verursacht und die Chancen auf Frieden zerstört. Wir halten es für inakzeptabel und absolut kontraproduktiv, wenn die Unterstützung für „das Existenzrecht des jüdischen und demokratischen Staates Israel“ und der Kampf gegen Antisemitismus diese Politik tatsächlich fördert.

Zu allem Überfluss unterscheidet der angenommene Antrag nicht zwischen Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten. Er verurteilt kategorisch alle Boykotte israelischer Unternehmen und Waren – einschließlich der Unternehmen und Waren aus illegalen israelischen Siedlungen. Infolgedessen würde er eine Kampagne zum Boykott von Produkten eines an Menschenrechtsverletzungen beteiligten Unternehmens in einer Siedlung als antisemitisch einstufen. Dies stellt einen bedauerlichen Rückzug von der eindeutigen und

konsequenten Ablehnung durch die Bundesregierung und die EU der israelischen Siedlungspolitik dar.

Darüber hinaus ignoriert der Antrag, dass Erklärungen im Zusammenhang mit BDS durch die Meinungsfreiheit geschützt sind, wie auch von der EU bestätigt, die „fest entschlossen ist, die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit im Einklang mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union zu schützen, die auf dem Hoheitsgebiet der EU-Mitgliedstaaten anwendbar ist, einschließlich in Bezug auf BDS-Aktionen, die in diesem Gebiet durchgeführt werden“. Gerade auf Grund seiner Geschichte sollte Deutschland bezüglich eines Rückzugs von diesen demokratischen Grundnormen sehr vorsichtig sein.

Abschließend ist festzustellen, dass die Vermischung von BDS und Antisemitismus den dringenden Kampf gegen Antisemitismus nicht fördert. Die antisemitische Bedrohung geht nicht von palästinensischen Menschenrechtsaktivisten aus, sondern vor allem von der extremen Rechten und von dschihadistischen Gruppen. Die Leugnung dieser Tatsache könnte Muslime und Araber dem bedeutenden Kampf gegen Antisemitismus entfremden und behindert die Herausbildung echter Solidarität zwischen Juden, Israelis, Muslimen und Arabern im Kampf gegen Antisemitismus und andere Formen von Rassismus. Sie sendet auch eine falsche Botschaft an diejenigen, die sich der Unterdrückung des palästinensischen Volkes mit gewaltfreien Mitteln widersetzen.

Aus all diesen Gründen lehnen wir, jüdische und israelische Wissenschaftler, den Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen ab. Nach dem Bundestagsbeschluss fordern wir nun die Bundesregierung auf, diesem Antrag nicht zu folgen und BDS nicht mit Antisemitismus gleichzusetzen. Vielmehr muss die Bundesregierung ihrer positiven Verantwortung zur Förderung und zum Schutz der Meinungs- und Vereinigungsfreiheit nachkommen.

Darüber hinaus rufen wir die Bundesregierung dazu auf, ihre direkte und indirekte Finanzierung israelischer und palästinensischer Nichtregierungsorganisationen aufrechtzuerhalten, die der israelischen Besatzung friedlich entgegenwirken, schwere Verstöße gegen das Völkerrecht aufdecken und die Zivilgesellschaft stärken. Diese Organisationen verteidigen die Prinzipien und Werte, die das Herzstück der liberalen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Deutschland und andernorts bilden. Sie brauchen mehr denn je finanzielle und politische Unterstützung.

Unterzeichnet von **240** jüdischen und israelischen Wissenschaftlern (institutionelle Zugehörigkeiten sind nur zu Identifikationszwecken genannt):

Prof. Aaron J. Hahn Tapper, Mae and Benjamin Swig Professor of Jewish Studies, Director of the Swig Program in Jewish Studies and Social Justice, Department of Theology & Religious Studies University of San Francisco

Adam Hochschild, Author and journalist, Lecturer at the Graduate School of Journalism. University of California at Berkeley, winner of the Theodore Roosevelt-Woodrow Wilson Award (2008)

Dr. Adam Kossoff, Reader at the School of Art, University of Wolverhampton, specializes in the context of Israel-Palestine

Prof. Adam Sutcliffe, Department of History, King's College London, specializes in Jewish History

Prof. (emerita) Alice Shalvi, English Departments, Hebrew University Jerusalem and Ben-Gurion University of the Negev, former Rector Schechter Institute of Jewish Studies, winner of the Israel Prize (2007), co-winner of the Leibowitz Prize (2009), winner of the Bonei Zion Prize (2017)

Prof. Alon Confino, Pen Tishkach Chair of Holocaust Studies, Director of The Institute for Holocaust, Genocide, and Memory Studies, Department of History, University of Massachusetts

Dr. Alon Liel, International MA in Security and Diplomacy, Tel Aviv University, former Ambassador to South Africa, Consul General in the south-east of the USA and Head of Diplomatic Mission in Turkey, former Director General of the Israeli Ministry of Economy and Planning and of the Israeli Ministry of Foreign Affairs

Dr. Amir Minsky, Assistant Teaching Professor of History, New York University, Abu Dhabi

Prof. (emeritus) Amiram Goldblum, School of Pharmacy- Institute for Drug Research, the Faculty of Medicine, The Hebrew University of Jerusalem, one of the founders of the Israeli NGP “Peace Now” and its former spokesperson

Prof. Amos Goldberg, Former Chair of the Department of Jewish History and Contemporary Jewry, Hebrew University of Jerusalem, specializes in Holocaust History

Dr. Anat Matar, Philosophy Department, Tel Aviv University

Dr. Andre Levy, Senior Lecturer, Department of Sociology & Anthropology, Ben-Gurion University of the Negev, specializes in the concepts of diaspora and ethnicity

Prof. Andrew Stuart Bergerson, History Department, University of Missouri-Kansas City, specializes in history of modern Germany

Prof. Aner Preminger, Filmmaker and professor at the Department of Communication, The Hebrew University, Jerusalem and Sapir Academic College

Dr. Annie Pflugst, Independent Scholar, specializes in the context of Israel-Palestine

Dr. Anya Topolski, Associate Professor of Ethics and Political Philosophy, Radboud University Nijmegen, specializes in racism in Europe

Dr. Ariel Salzmann, Associate Professor, Islamic and World History, Department of History, Queen’s University

Assaf Gavron, Writer, winner of the Israeli Prime Minister Award for authors (2011) and the Bernstein Prize (2013)

Prof. Audrey Macklin, Director of the Centre for Criminology and Sociological Studies, Professor of Law and Chair in Human Rights, University of Toronto

Prof. (emeritus) Avi Shlaim, The Department of Politics and International Relations, St Antony’s College and The University of Oxford, Fellow of the British Academy, specializes in Zionism and the Israeli-Palestinian conflict

Prof. Avner Ben-Amos, Department of History, Tel Aviv University, specializes in nationalism and collective memory in Israel

Avraham Burg, Former Member of the Israeli Knesset, Speaker of the Knesset and Chairman of the Jewish Agency and the World Zionist Organization

Dr. Ayelet Ben-Yishai, Department of English Language, University of Haifa

Prof. b.h. Yael, Filmmaker, Professor and former chair of Integrated Media at the Ontario College of Art and Design, specializes in the context of Israel-Palestine

Dr. Barak Kalir, Assistant professor in the Department of Anthropology and Sociology, University of Amsterdam, specializes in migration in the Jewish-Israeli context

Prof. Barry Trachtenberg, Michael R. and Deborah K. Rubin Presidential Chair of Jewish History, Department of History, Wake Forest University

Dr. Ben Silverstein, School of History, Australian National University, specializes in indigenous histories and settler colonialism

Prof. (emerita) Benita Parry, English and Comparative Literary Studies, Warwick University

Prof. (emeritus) Ben-Tzion Munitz, Department of Theatre Arts, Tel Aviv University

Prof. (emerita) Bilha Mannheim, Professor of Sociology, Technion - Israel Institute of Technology, winner of the Israel Prize (2003)

Dr. Brian Klug, Senior Research Fellow & Tutor in Philosophy, University of Oxford, honorary fellow of the Parkes Institute for the Study of Jewish/non-Jewish Relations, University of Southampton

Alex Levac, Photographer, winner of the Israel Prize (2005)

Prof. Bruce Rosenstock, Department of Religion College of Liberal Arts & Sciences Administration, University of Illinois at Urbana-Champaign

Prof. Catherine Rottenberg, Foreign Literature and Linguistics, Ben-Gurion University of the Negev

Prof. (emeritus) Chaim Gans, The Buchmann Faculty of Law, Tel Aviv University, specializes in political and legal theory of nationalism and Zionism

Prof. Noy Chaim, School of Communication, Bar-Ilan University, specializes in the context of Israel-Palestine

Prof. Chana Kronfeld, Hebrew, Yiddish and Comparative Literature, UC Berkeley

Prof. (emeritus) Christiane Schomblond, Department of Mathematics, Université Libre de Bruxelles

Prof. Colin Dayan, Robert Penn Warren Professor in the Humanities, English Department and Professor at the Law School, Vanderbilt University

Dr. Cynthia Franklin, Department of English, University of Hawai’I, specializes in race and ethnicity

Prof. (emeritus) Dan Jacobson, the Department of Labor Studies, Tel Aviv University

Dr. Dana Kaplan, Department of Sociology, Political Science and Communication, The Open University of Israel

Dr. Dana Mills, Department of History, Philosophy and Religion, Oxford Brookes University

Prof. Dana Ron, Computer Science, Tel Aviv University

Prof. Daniel D. Blatman, Head of the Avraham Harman Research Institute of Contemporary Jewry, Max and Rita Haber Chair in Contemporary Jewry and Holocaust Studies at the Department of Jewish History and Contemporary Jewry, The Hebrew University of Jerusalem

Prof. Daniel Boyarin, Taubman Professor of Talmudic Culture, Departments of Near Eastern Studies and Rhetoric, University of California at Berkeley

Prof. Daryl Glaser, Department of Political Studies, University of the Witwatersrand, specializes in the South African context

Prof. David Blanc, Department of Mathematics, University of Haifa

Prof. David Enoch, The Faculty of Law and The Department of Philosophy, The Hebrew University of Jerusalem

Prof. David Harel, Computer Science, The Weizmann Institute of Science, Vice President of the Israel Academy of Sciences and Humanities, winner of the Israel Prize (2004) and of EMET prize (2010)

Dr. David Ranan, Pears Institute for the Study of Antisemitism, Birkbeck University of London

Prof. David Comedi, Director of the Physics Institute of Northwestern Argentina, INFNOA, National University of Tucumán and CONICET

Prof. David Shulman, Department of Asian Studies, The Hebrew University of Jerusalem, Member of the Israel Academy of Sciences and Humanities, winner of the EMET Prize (2010) and of the Israel Prize (2016)

Prof. Debórah Dwork, Inaugural Rose Professor of Holocaust History, Founding Director of the Strassler Center for Holocaust and Genocide Studies, Distinguished Research Scholar, Clark University

Dr. (emeritus) Dennis Kortheuer, Department of History at California State University, Long Beach

Prof. Diane L. Wolf, Department of Sociology and former Director of Jewish Studies Program, University of California, Davis

Dr. Dmitry Shevchenko, Post-doctoral fellow, Department of Asian Studies, The Hebrew University of Jerusalem

Dr. Dmitry Shumsky, Department of Jewish History and Contemporary Jewry, Director of the Cherrick Center for the study of Zionism, the Yishuv and the State of Israel, The Hebrew University of Jerusalem

Prof. (emeritus) Donald Sassoon, Comparative European History, Queen Mary, University of London

Dr. Dorit Naaman, Alliance Atlantis Professor of Film and Media, Queen's University, Canada, specializes in the context of Israel-Palestine

Dr. E. Natalie Rothman, Department of Historical and Cultural Studies, University of Toronto Scarborough

Dr. Elizabeth Freund (emerita), Department of English Literature, Hebrew University Jerusalem

Prof. Elizabeth Heineman, Department of History, The University of Iowa, specializes in gender, war, and memory in Germany and in the Holocaust

Dr. Erella Grassiani, Department of Anthropology, University of Amsterdam, specializes in the context of Israel-Palestine

Prof. (emerita) Elsa Auerbach, English Department, University of Massachusetts Boston, daughter of German Holocaust refugees

Prof. (emeritus) Emmanuel Farjoun, Einstein Institute of Mathematics, The Hebrew University of Jerusalem

Dr. Eric Kligerman, Associate Professor of German and Jewish Studies, Department of Languages, Literatures and Cultures University of Florida

Prof. (emerita) Esther Dischereit, Writer, poet and Professor of Language Arts, University for Applied Arts Vienna, winner of the Erich Fried Prize (2009)

Prof. Eva Illouz, The Department of Sociology and Anthropology, The Hebrew University Jerusalem, The European Centre for Sociology and Political Science, Paris, winner of the EMET Prize (2018)

Prof. Eva Jablonka, Cohn Institute for the History and Philosophy of Science and Ideas, Tel Aviv University

Dr. Eyal Clyne, Department of History, Politics & Philosophy, The University of Manchester, specializes in Israel-Palestine and in Jewish and Zionist thought

Dr. (emerita) Florence Lederer, Laboratory of Physical Chemistry, Université Paris-Sud

Prof. (emeritus) Francis Lowenthal, Cognitive Sciences, University of Mons

Prof. Gabriele Bergers, Department of Oncology, University of Leuven

Prof. Gadi Algazi, Professor of Medieval History, The Department of History, Tel Aviv University, and associate fellow at Re:Work: International Research Center Work and Human Lifecycle in Global History at Humboldt University in Berlin

Dr. Gal Levy, Department of Political Science, Sociology & Communication, The Open University of Israel, specializes in the context of Israel-Palestine

Prof. (emerita) Galia Golan, Darwin Professor, The Department of Political Science, The Hebrew University of Jerusalem

Dr. Gayle Levy, Associate Professor, Foreign Languages Department and director of UMKC Honors College, University of Missouri-Kansas City, specializes in Nazi-Germany and the Holocaust

Prof. (emeritus) Gideon Freudenthal, The Cohn Institute for the History and Philosophy of Science and Ideas, Tel Aviv University

Prof. (emeritus) Graeme Segal, Mathematics, All Souls College

Dr. Hadas Leonov, Software Developer, Bruker BioSpin GmbH, Rheinstetten, Germany

Hadas Pe'ery, Composer, sound artist, educator and activist, teaching fellow at The Buchmann-Mehta School of Music, Tel Aviv University

Prof. Hagit Borer, FBA Chair in Linguistics, SLLF Queen Mary, University of London

Prof. Haim Bresheeth, Centre for Media and Film Studies, SOAS University of London and Director of Camera Obscura Films

Dr. Halleli Pinson, The Department Of Education, Ben-Gurion University of the Negev

Prof. (emerita) Hanan J. Kisch, Department of Geological and Environmental Sciences, Ben-Gurion University of the Negev

Dr. Hannah Safran, Feminist Research Center, Haifa, specializes in the context of Israel-Palestine

Dr. Heidi Grunebaum, Associate Professor at the Centre for Humanities Research University of the Western Cape, specializes in memory and reconciliation in Germany, South Africa and Israel-Palestine

Dr. Hila Amit, Independent scholar of Queer Theory and Migration and Diaspora Studies

Dr. Hilla Dayan, Sociology, Amsterdam University College, specializes in the context of Israel-Palestine

Dr. Idan Landau, Department of Foreign Literatures and Linguistics, Ben-Gurion University of the Negev

Dr. Ilan Saban, Faculty of Law, University of Haifa, specializes in minority rights, international law, and Nationalism

Dr. Ilana Hammerman, Writer, editor, translator and activist, winner of the Yeshayahu Leibowitz Prize (2015)

Dr. Inna Michaeli, Independent scholar and activist

Dr. Irit Dekel, Research Associate, Jena Center for Reconciliation Studies Friedrich Schiller University, specializes in memory politics in Germany and Israel

Prof. Ishay Rosen-Zvi, Head of the Talmud and Late Antiquity section in the department of Jewish Philosophy, Tel Aviv University

Prof. Isaac (Yanni) Nevo, The Department of Philosophy, Ben-Gurion University of the Negev

Dr. Itamar Kastner, Humboldt University, Berlin

Dr. Itamar Shachar, Marie Curie Post-doctoral fellow, Department of Anthropology, University of Amsterdam

Dr. Itay Snir, Political Philosophy, Tel Aviv University, Ben-Gurion University of the Negev, The Open University of Israel

Prof. (emeritus) Jacob Katriel, Chemistry Department, Technion - Israel Institute of Technology

Prof. James Cohen, Anglophone World Department, Université de Paris 3 Sorbonne Nouvelle

Dr. Jared Margulies, Post-doctoral fellow, Department of Politics, University of Sheffield

Prof. Jason Stanley, Jacob Urowsky Professor of Philosophy, Yale University

Dr. (emeritus) Jeanne Fagnani, Senior researcher at The French National Centre for Scientific Research, associate researcher at the Institute of Economic and Social Research, member of the scientific committee of the Nicolas Hulot Foundation for Nature and Mankind

Dr. Jeffrey Melnick, American Studies Department, University of Massachusetts

Prof. (emeritus) Joel Beinin, Donald J. McLachlan Professor of History and Professor of Middle East History, Stanford University

Prof. Joel Gordon, The Department of History, University of Arkansas Fayetteville

Prof. Judith Butler, Maxine Elliot Professor of Comparative Literature and Critical Theory, University of California, Berkeley

Prof. Judith Norman, Department of Philosophy, Trinity University San Antonio, Texas USA

Prof. (emeritus) Jules Chametzky, Department of English, University of Massachusetts

Dr. Karel Arnaut, Associate Professor and Research Coordinator of the Interculturalism, Migration and Minorities Research Centre (IMMRC), Katholieke Universiteit Leuven

Prof. (emerita) Karen Brodtkin, Department of Anthropology, University of California, Los Angeles, specializes in anti-Semitism and racism

Dr. Katharina Galor, Hirschfeld Visiting Associate Professor of Judaic Studies, Brown University

Kathy Wazana, Documentary filmmaker, Master's student at the Department of Cinema and Media Arts, York University

Dr. Katy Fox-Hodess, Lecturer in Employment Relations, Accreditations Management School, University of Sheffield

Prof. Kobi Peterzil, Department of Mathematics, University of Haifa

Dr. Kobi Snitz, Mathematics Department, Weizmann Institute of Science

Prof. (emeritus) Laurence Dreyfus, Faculty of Music, University of Oxford

Prof. (emeritus) Lawrence Blum, Professor of Philosophy, and Distinguished Professor of Liberal Arts and Education University of Massachusetts Boston, specializes in anti-Semitism and the Holocaust

Dr. Les Levidow, Faculty of Arts & Social Sciences, Open University, UK

Dr. Lin Chalozin-Dovrat, The Cohn Institute for the History and Philosophy of Science and Ideas and Minerva Humanities Center, Tel Aviv University

Prof. (emerita) Linda Dittmar, The English Department, University of Massachusetts, specializes in the context of Israel-Palestine

Prof. Linda Gordon, Florence Kelley Professor of History, New York University, specializes in right-wing populism

Dr. Lior Volinz, Post-doctoral researcher at the Crime and Society (CRiS) research group, Vrije Universiteit Brussel

Prof. Lisa Baraitser, Department of Psychosocial Studies, Birkbeck Institute, University of London

Dr. Lisa Stampnitzky, Department of Politics, University of Sheffield, specializes in political violence

Prof. (emeritus) Louis Kampf, Literature and Women's & Gender Studies, Massachusetts Institute of Technology

Prof. Louise Bethlehem, English and Cultural Studies, The Hebrew University of Jerusalem, specializes in South African apartheid

Prof. Lynne Segal, Psychosocial Studies, Birkbeck Institute, University of London

Prof. (emeritus) Marc David, Department of Mathematics - Computer Science, Universiteit Antwerpen

Prof. (emeritus) Marc Steinling, School of Medicine, University of Lille Nord de France

Prof. Marianne Hirsch, William Peterfield Trent Professor of English, Department of English and Comparative Literature, co-director of the Institute for Research on Women, Gender and Sexuality, Columbia University, specializes in politics of memory, the Holocaust and Jewish memory

Prof. (emerita) Marianne Lederer, Former director of the School of Interpreters and Translators (ESIT), Université Paris 3 Sorbonne Nouvelle

Dr. Marie-José Durand-Richard, Associated researcher at Laboratoire SPHERE, Université Paris Diderot and honorary lecturer of Mathematics and History of Science, Université Paris 8

Dr. Mark Levene, Parkes Centre for Jewish/non-Jewish Relations, University of Southampton

Prof. (emeritus) Mateo Alaluf, Institute of Sociology, Université Libre de Bruxelles

Prof. (emeritus) Maurice Pasternak, Artist and Professor at L'École nationale supérieure des arts visuels de La Cambre

Prof. Menachem Klein, Department of Political Studies, Bar-Ilan University, former advisor for Israeli officials regarding negotiations with Palestinian counterparts and participant in several Israeli-Palestinian peace talks

Prof. Michael Chanan, Department of Media, Culture and Language, University of Roehampton

Prof. Michael Keren, Department of Economics, The Hebrew University of Jerusalem

Prof. (emeritus) Micah Leshem, The Department of Psychology, University of Haifa

Prof. Michael Rothberg, 1939 Society Samuel Goetz Chair in Holocaust Studies, Department of Comparative Literature, University of California, specializes in Holocaust studies

DipEd. Michel Staszewski, Visiting Researcher Department of Education Free University of Brussels

Dr. Mir Yarfitz, Associate Professor of History, Jewish Studies, Latin American and Latino Studies, Women's, Gender, and Sexuality Studies, Wake Forest University

Dr. Miriam Ticktin, Associate Professor of Anthropology, The New School for Social Research

Prof. (emeritus) Mordechai Shechter, The Department of Economics and The Department of Natural Resource & Environmental Management, University of Haifa, former Rector of the University of Haifa, former President of Tel-Hai Academic College, former head of Israel's National Parks and Nature Reserves Authority Council

Prof. (emeritus) Moshe Zimmermann, Former director of the Richard Koebner Minerva Center for German History, The Hebrew University of Jerusalem, specializes in the German Jewry during the Second World War and anti-Semitism

Prof. (emeritus) Moshe Zuckermann, The Cohn Institute for the History and Philosophy of Science and Ideas, Tel Aviv University, son of Holocaust survivors, specializes in Zionism and anti-Semitism

Prof. (emeritus) Moshé Machover, Professor of Philosophy, University of London

Dr. Na'ama Rokem, Associate Professor of Modern Hebrew Literature & Comparative Literature, University of Chicago, specializes in Zionist and Israeli literature, and German-Jewish relations

Dr. Nadia Valman, Reader in English Literature Co-director, of the Raphael Samuel History Centre, Queen Mary, University of London, specializes in Jewish History

Dr. Naor Ben-Yehoyada, Assistant Professor, Department of Anthropology, Columbia University

Prof. Neve Gordon, Department of Politics and Government, Ben-Gurion University of the Negev, specializes in human rights and the Israeli-Palestinian conflict

Prof. Nicholas Stargardt, History Department, Magdalen College, specializes in the history of Nazi Germany

Dr. Nina Caputo, Associate Professor, Department of History, University of Florida

Prof. Nir Gov, Department of Chemical and Biological Physics, Weizmann Institute of Science

Prof. (emeritus) Nira Yuval-Davi, Honorary Director Centre for Migration, Refugees & Belonging, The University of East London

Dr. Noa Roei, Literary and Cultural Analysis, University of Amsterdam, specializes in the context of Israel-Palestine

Prof. (emeritus) Noam Chomsky, Department of Linguistics and Philosophy, Massachusetts Institute of Technology, and Laureate Professor, The Department of Linguistics, University of Arizona

Prof. (emerita) Nomi Erteschik-Shir, Department of Foreign Literatures and Linguistics, Ben-Gurion University of the Negev

Prof. Nurit Peled-Elhanan, The School of Education, The Hebrew University of Jerusalem and The David Yellin Academic College of Education, co-winner of the Sakharov Prize (2001)

Prof. Oded Goldreich, Computer Science, Weizmann Institute of Science

Dr. Oded Na'aman, Martin Buber Society of Fellows in the Humanities and Social Sciences, The Hebrew University of Jerusalem

Prof. Ofer Aharony, Faculty of Physics, Weizmann Institute of Science

Dr. Ofri Ilany, Post-doctoral fellow, The Polonsky Academy The Van Leer Jerusalem Institute, specializes in German history and in German-Jewish relations

D.Arch Olivier Tric, Honorary teacher at School of Architecture of Nantes

Prof. Oren Yiftachel, Department of Geography and Environmental Development, Ben-Gurion University of the Negev

Dr. Orian Zakai, The Department of Classical and Near Eastern Languages, The George Washington University

Prof. Pascal Lederer, Honorary research director at The French National Centre for Scientific Research

Dr. Patricia Schor, Department of Social Sciences, Amsterdam University College, specializes in nationalism, race and racism

Prof. (emeritus) Paul Mendes-Flohr, Dorothy Grant Maclear Professor Emeritus of Modern Jewish History and Thought, Associate Faculty in the Department of History, The University of Chicago Divinity School

Dr. Peter Cosyns, Post-doctoral researcher, Art History and Archeology, Free University Brussels

Pierre Getzler, Artist, "Pupille de la Nation", his father died in July 1940 fighting with the French Foreign Legion against Nazi Germany and received The Cross of War decoration, his mother was deported to Auschwitz where she died in 1943

Dr. R. Ruth Linden, UCSF School of Medicine, founder of the Holocaust Media Project

Prof. Rachel Giora, Department of Linguistics, Tel Aviv University

Dr. Ran Greenstein, Associate professor, Department of Sociology, University of the Witwatersrand, specializes in the context of Israel-Palestine

Dr. Ran HaCohen, Department of Literature, Tel Aviv University, specializes in German-Jewish literature

Dr. Raya Cohen, Department of History, Tel Aviv University and The University of Naples Federico II, specializes in the history of the Holocaust and in the context of Israel-Palestine

Rela Mazali, Independent scholar, writer and peace activist

Revital Madar, PhD candidate, The Cultural Studies Program, The Hebrew University of Jerusalem, specializes in the context of Israel-Palestine

Prof. (emeritus) Richard Falk, Milbank Professor of International Law, Princeton University and former UN Special Rapporteur for Human Rights in Occupied Palestine (2008-14)

Prof. Robert C. Rosen, Department of English, William Paterson University

Dr. Roi Livne, Department of Sociology, University of Michigan

Prof. (emeritus) Rolf Verleger, Psychologist, Member of the Central Council of Jews in Germany 2005-2009

M.D. Rony Brauman, Director of Studies at the Fondation Médecins Sans Frontières, associate professor at the Institute of Political Studies in Paris, and director of the Humanitarian and Conflict Response Institute at the University of Manchester, United Kingdom.

Prof. Roy Wagner, Department of Humanities, Social and Political Sciences, ETH Zürich

Dr. Sagi Schaefer, History Department, Tel Aviv University, specializes in the history of modern Germany

Dr. Sara Roy, Senior Research Scholar, Center for Middle Eastern Studies, Harvard University, specializes in the context of Israel-Palestine

Prof. Sergio Tenenbaum, Department of Philosophy, University of Toronto

Dr. Seth Anziska, Department of Hebrew and Jewish Studies, University College London, specializes Jewish-Muslim relations and in the context of Israel-Palestine

Prof. Seth L. Sanders, Professor of Religious Studies, Director of the Graduate Group for the Study of Religion Member, Jewish Studies Program University of California, Davis

Prof. Dr. Shani Tzoref, School of Jewish Theology, Hebrew Bible and Biblical Exegesis, University of Potsdam

Prof. (emerita) Sherna Gluck, Director of the Oral History Program, Department of History, California State University Long Beach, specializes in the context of Israel-Palestine

Dr. Sheryl Nestel, Independent Scholar, Toronto, specializes in race and racism

Dr. Shir Hever, Political Science, Free University of Berlin, specializes in the context of Israel-Palestine

Shira Havkin, PhD candidate in Political Sociology, Centre d'Études et de Recherches Internationales, Sciences-Po Paris

Prof. (emerita) Shlomith Rimmon-Kenan, English Department and the Department of General and Comparative Literature, The Hebrew University of Jerusalem

Prof. (emeritus) Shlomo Moran, Computer Science Department, Technion - Israel Institute of Technology

Prof. (emeritus) Shlomo Sand, History Department, Tel Aviv University

Prof. Sidney Corbett, composer and teacher at the Mannheim University of Music and Performing Arts

Prof. Simona Sharoni, Director of the Women's & Gender Studies Department, Interdisciplinary Institute, Merrimack College

Smadar Ben Natan, PhD candidate, Zvi Meitar Center for Advanced Legal studies, Buchmann Faculty of Law, Tel Aviv University

Dr. Snait B. Gissis, Cohn Institute for the History and Philosophy of Science and Ideas Tel Aviv University, specializes in racism

Prof. (emerita) Sonia Dayan-Herzbrun, Social Sciences, University Paris Diderot-Paris 7

Prof. Stephen Clingman, Department of English, University of Massachusetts

Prof. Stephen Deutsch, Professor of Post-Production, Department of Media Production, Bournemouth University

Prof. Stephen R. Shalom, Political Science Department, William Paterson University, member of the executive board of the Gandhian Forum for Peace & Justice

Prof. (emeritus) Steve Golin, History Department, Bloomfield College

Dr. Steven Levine, Associate Professor of Philosophy, University of Massachusetts

Prof. (emeritus) Steven Rose, Neuroscience, The Open University, UK

Prof. Susan Slyomovics, Department of Anthropology, University of California, Los Angeles, specializes in human rights, German Reparations and Israel-Palestine

Dr. Sven-Erik Rose, Associate Professor of German and Comparative Literature, chair of the Department of German and Russian, University of California, Davis, specializes in German and German-Jewish literature and thought and Holocaust Studies

Dr. Tal Shuval, Department of History, Philosophy and Judaic studies, The Open University of Israel, specializes in the context of Israel-Palestine

Dr. Tamar Blickstein, Post-doctoral researcher, Affective Societies, The Free University of Berlin

Prof. Tamar Rapoport, The Paul Baerwald School of Social Work and Social Welfare, The Hebrew University of Jerusalem

Prof. Tamir Sorek, Sociology and Jewish Studies, University of Florida, specializes in the context of Israel-Palestine

Dr. Terri Ginsberg, Assistant Professor, Department of the Arts, The American University in Cairo

Dr. Tom Pessah, Independent scholar and activist

Prof. (emeritus) Tommy Dreyfus, Mathematics Education, School of Education, Tel Aviv University

Udi Aloni, Writer and filmmaker, specializes in Jewish and Zionist thought and in the context of Israel-Palestine

Prof. Uri Hadar, Head of Gerontological Clinical Psychology department, Ruppin Academic Center

Prof. (emerita) Vered Kraus, Department of Sociology, University of Haifa

Prof. Victor Ginsburgh, The European Center for Advanced Research in Economics and Statistics, Université Libre de Bruxelles

Prof. Willie van Peer, Intercultural Hermeneutics, Ludwig Maximilian University, Munich

Yaara Benger Alaluf, Post-doctoral fellow at The Center for The History of Emotions, Max Planck Institute for Human Development, Berlin

Dr. Yael Politi, Max Planck Institute of Colloids and Interfaces, Potsdam

Dr. Yair Wallach, Head of the Centre for Jewish Studies, Department of the Languages and Cultures of the Near and Middle East, SOAS, University of London, specializes in the context of Israel-Palestine

Prof. Yakov Rabkin, The Montreal Centre for International Studies and the Department of History, Université de Montréal, specializes in history of Jewish and Zionist thought

Dr. Yali Hashash, Haifa Feminist Research Center, Women and Gender Studies Program and The Oral History Laboratory: Life-stories under oppression at The Zvi Yavetz School of Historical Studies, Tel Aviv University

Dr. Yann Guillaud, Lecturer at The Paris School of International Affairs (PSIA), Sciences Po

Prof. (emeritus) Yehoshua Kolodny, Institute of Earth Sciences, The Hebrew University of Jerusalem, winner of the Israel Prize (2010)

Prof. Yinon Cohen, Yosef H. Yerushalmi Professor of Israel & Jewish Studies, Department of Sociology, Columbia University

Prof. (emeritus) Yonathan (Jon) Anson, Department of Social Work, Ben-Gurion University of the Negev

Prof. Yosef Grodzinsky, The Edmond and Lily Safra Center for Brain Sciences, The Hebrew University of Jerusalem

Prof. Yosefa Loshitzky, Centre for Media Studies at the School of Oriental and African Studies (SOAS), University of London

Prof. Yuri Pines, Director, The Louis Frieberg Center for East Asian Studies Department of Asian Studies The Hebrew University of Jerusalem

Dr. Yuval Eylon, The Department of History, Philosophy and Judaic Studies, The Open University of Israel

Dr. Yuval Yonay, Department of Sociology, University of Haifa

Dr. Zvi Bekerman, The Seymour Fox School of Education, The Melton Centre for Jewish Education and research fellow at The Harry S. Truman Research Institute for the Advancement of Peace, The Hebrew University

*



*



Dieses Informationspaket und der Bericht (2021) mit dem Titel „Die Bekämpfung des globalen Imperialismus an unserer lokalen Universität“ wurden von studentischen AktivistInnen in Zusammenarbeit mit Palästina Antikolonial geschrieben und/oder produziert. Diese Projekte werden nun durch ein anderes Aktionsbündnis unterstützt. Um über den Bericht (2021) und die damit verbundenen Themen, Gemeinschaftsinitiativen und anhaltenden Diskussionen auf dem Laufenden zu bleiben, sendet uns bitte eine E-Mail an: grassrootsjusticepalestine@gmail.com